

Pressemitteilung



Reinhardt: „Hass und Antisemitismus dürfen keinen Platz haben“

**Pressestelle der
deutschen Ärzteschaft**

Herbert-Lewin-Platz 1
10623 Berlin

Berlin, 16.11.2023 – Vor dem Hintergrund zunehmender antisemitischer Kundgebungen und Übergriffe hat Bundesärztekammer-Präsident Dr. Klaus Reinhardt dem Zentralrat der Juden in Deutschland die Solidarität der Ärzteschaft mit jüdischen Kolleginnen und Kollegen sowie allen Jüdinnen und Juden in Deutschland zugesichert.

„Es ist unerträglich, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland, unter ihnen auch viele jüdische Ärztinnen und Ärzte, bedroht und Gewalt ausgesetzt sind“, sagte Reinhardt nach einem Gespräch mit Zentralratspräsident Dr. Josef Schuster. Gerade Deutschland stehe in der Pflicht, alles dafür zu tun, dass sich jüdische Menschen in öffentlichen Räumen ohne Angst vor Diffamierung und Gewalt frei bewegen können. Das gelte natürlich auch und gerade für jüdische Ärztinnen und Ärzte im Einsatz für ihre Patientinnen und Patienten.

Mit großer Sorge betrachtet die Bundesärztekammer zudem die aktuelle Lage in Israel und im Gaza-Streifen. „Die Terrorangriffe der Hamas haben tausendfach Leid über die Menschen in Israel und die Zivilbevölkerung im Gazastreifen gebracht. Noch immer werden im Gaza-Streifen hunderte Geiseln festgehalten. Diese Menschen müssen unverzüglich freigelassen und in ihrer Heimat medizinisch versorgt werden“, sagte Reinhardt.

Mit Blick auf die schweren Kämpfe im Gaza-Streifen forderte der Bundesärztekammer-Präsident, medizinische Einrichtungen und medizinisches Personal zu respektieren. „Krankenhäuser dürfen

Diese Pressemitteilung finden Sie auch im Internet unter www.bundesaerztekammer.de

Ansprechpartner:
Samir Rabbata
Tel. (030) 40 04 56-700
Fax (030) 40 04 56-707
www.baek.de
presse@baek.de

nicht als militärische Einrichtungen missbraucht werden. Patientinnen und Patienten und alle, die sich um sie kümmern, dürfen nicht zu menschlichen Schutzschilden gemacht werden. Bei allen Kampfhandlungen muss der Schutz der Zivilbevölkerung und der medizinischen Einrichtungen beachtet werden“, sagte er. Notwendig seien zudem humanitäre Korridore für Nahrungsmittellieferungen, Arzneimittel und medizinisches Material.

„Hass und Antisemitismus dürfen keinen Platz haben“, sagte Reinhardt, „nicht in Israel, nicht in Deutschland und nirgendwo sonst auf dieser Welt“.

Folgen Sie uns auf X (Twitter) [@BAEKaktuell](#) und Instagram [@bundesaeztekammer](#)